

Arbeitsbeschaffung und Maßnahmen der Reichsregierung zur Entlastung der Produktion

— Berlin, 6. September.

In welchem Sinne das geschehen wird, darüber bedarf nicht erst amtlicher Hinweise aus Paris, hat doch die französische Politik seit Jahrhunderten eigentlich nur ein Ziel: die Vergrößerung Europas unter den Willen Frankreichs. Auf mitteleuropäischen Raum gerichtet, zielt diese alte Tendenz der französischen Politik heute auf die politische und wirtschaftliche Zusammenfassung der Nachfolgestaaten der bürgerlichen Monarchie zu einem Staatenbündel, ab, dessen möglicher Schwerpunkt in Paris liegt.

In dem für die Konferenz in Sirela abgedachten Rahmen ist dieses Programm selbstverständlich weder hundertprozentig, noch annähernd durchzuführen. Trotzdem befreit uns diese Gewißheit nicht davon, die Verhandlungen in Sirela auf dem Weg zu verfolgen, denn in der Politik sind kleine Schritte von großem Einfluß auf die endgültige Verwirklichung. Hinsichtlich der Vorbereitung eines Blockadeskonferenzen aber ist jede Maßnahme verhängnisvoll, weil die Sanierung Mitteleuropas, wenn sie Bestand haben und zu einer fräftigen Wirtschaftsbelebung führen soll, niemals durch die Vernachlässigung wirtschaftlicher Notwendigkeiten um politischer Ziele einer fremden Macht willens erreicht werden kann.

Der den südeuropäischen Staaten in der Ueberwin-
nung der Wirtschaftsofen Hilfe leisten will, der muß mehr
als als Kredite zu billigen Zinsen und zu harten politischen
Bedingungen zur Verfügung zu stellen, nämlich den Waren-
verkehr mit den benachbarten Großmächten erleichtern und
den notwendigen Ausgleich der Zahlungsbilanz der Donau-
länder fördern. In Europa darf daher, wenn ein lachlicher
Erfolg gewünscht wird, keine Lösung zur Debatte stehen, die
nicht die Interessen aller Staaten berücksichtigt.

Dieser Satz, der vor einigen Tagen im halbamtlichen Journal „Stalla“ zu lesen war, zeigt zugleich, daß Frankreich sich jetzt begnügt durch das Protokoll die Forderungen der allerschärfsten Anleihe, mit der Wiener Regierung welches Spiel zu haben glaubt, immer noch auf festen Bodenstand stellen wird, sobald es die wirtschaftliche Nothlage der Donaufaaten zu politischen Geschäften ausnützen will. Dagegen haben die französischen Donaupläne nicht einmal den Ballen Frankreichs ungeteilt Zustimmung gefunden, wie die ersten Bedenten der Tschedopolowski beweisen. Es reicht das Ungegnen keine Neigung, die französischen Protokolle unbenutzt auf zu hinarbeiten.

Nan kann also annehmen, daß die Konferenz in Strela sehr wohl über die tatsächliche Lage sowie die Möglichkeiten und Vorbedingungen einer erfolgreichen Arbeit klar ist, zumal der Präsident der Konferenz, George Bonnet, von seiner Exkurse aus Paris nicht nur den französischen Ministerpräsidenten Herriot, sondern auch die Botschafter Deutschlands und Italiens sowie auf der Reise nach Strela in Genf die selbstbetretenden Generalfreiräte des Völkerverbundes, obwohl, ausgeht hat, um mit ihnen, wie zuvor mit Vertretern der englischen Regierung, die Sanierung der Donaukosten zu erledigen.

Wenn man somit die Beschlüsse der Konferenz in Strela
zu aller Ruhe abwarten kann, so schmerzt es uns umso doch,
daß der Deutsch-Österreich in Konvention des Lausanner An-
schlußprotokolls einem verstärkten Druck Frankreichs in
seinem Zeitpunkt ausgelegt sehen, in dem Deutschland sich
mehr und mehr von ausländischen Einflüssen freigemacht
und das deutsche Volk im Reiche die Wiedererlangung der
vollen Unabhängigkeit und Gleichberechtigung auf seine
Eignen geschrieben hat.

Über gleichzeitig mußte gerade das Protokoll der österreichischen Anleihe den Wert einer „Finanzhilfe“ befestigen, die mit der Preisgabe der politischen Bewegungsfreiheit bezahlt werden muß. Wie der vom Völkerbund nach Wien entsandte Finanzberater der österreichischen Regierung, Rost von Schmidt, dieser Tage in einem Bericht feststellte:

hat, hat Oesterreich, wenn es in den „Genus“ der neuen Anleihe kommt, von dem Erlös etwa 146 Millionen Schilling rückständige Zins- und Tilgungsbeträge für die Wiener Bundesanleihe von 1922 und die Bundesanleihe von 1930 vorzunehmen, so daß der neue Kapitalmarkt, der sich nach Wien ergießen wird, außerordentlich schmal ist. Die Hilfsaktion für Deutsch-Oesterreich besteht also eigentlich nur darin, daß man der österreichischen Regierung gestattet hat, alte Schulden mit neu gebohrtem Geld zu bezahlen, wobei dann der neue Hauptgläubiger, Frankreich als Währungsprämie noch politischen Einfluß ausüben werden mußte.

Wenn daher die neue Konferenz zur Sanierung der Donauslaaten mit einem besseren Ergebnis enden soll als die bisherigen Verluste nach dieser Richtung, dann muß man in Straß schon auf die Wiederholung der beim österreicherischen Leihverkehrsprotokoll angewandten Methoden verzichten und sich daran erinnern, daß dauerhafte und befriedigende Neuordnungen im Donauraum nur mit Deutschland zu erreichen sind.

Belebung der Wirtschaft. — Generaloffensive gegen die Arbeitslosigkeit. — Strikte Aufrechterhaltung der Währungsicherheit.

— Berlin, 6. September.

Reichspräsident von Hindenburg hat die vom Reichs-
kabinett ausgearbeitete Notverordnung zur Durchführung
der vom Reichskämmerer in Münster angefordigten Wirt-
schaftsmaßnahmen unterzeichnet. Im Anschluß daran erfolgte
die Veröffentlichung. Die Verordnung trägt den Titel „Ver-
ordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirt-
schaftsnot“ und gliedert sich in vier Teile. Diese Teile betreffen
die Entlastung der Wirtschaft, sozialpolitische Maßnahmen,
kreditpolitische Maßnahmen und finanzpolitische Maßregeln.

Das Kernstück der Verordnung bildet die Einführung von Steueranrechnungsscheinen in Höhe von 1,5 Millionen Mark sowie die Gewährung weiterer Steueranrechnungsscheine im Geldebetrage von 700 Millionen Mark bei Neueinstellung von Arbeitsträgern. Die diesfals erwartete Einlegung eines Reichsoffiziers für die vom Reich gestützten Betriebe ist in der neuen Verordnung nicht enthalten. Wie mittelteils wird, wird die Frage übrigens auf dem Verwaltungsweg gelöst werden.

Ueber Inhalt und Zweck der „Verordnung des Reichspräsidenten zur Belegung der Wirtschaft“ unterrichtet eine amtliche Mitteilung, in der es u. a. heißt:

Alle seitherigen Bemühungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben keinen durchgreifenden Erfolg gehabt. Die Reichsregierung mußte sich daher zu weitgreifenden und einschneidenden Maßnahmen entschließen.

Diesen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit soll neben anderen im Vorbereitungsbefindlichen Maßnahmen die Verordnung vom 4. September 1932 dienen. Neben einer Erweiterung des Programms für öffentliche Arbeiten müssen wirksame Maßnahmen zur Belebung der Privatwirtschaft treten. Die Regierung trifft diese Maßnahmen, weil sie überzeugt ist, daß die Privatwirtschaft noch immer den besten Weg für eine rationelle Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen darstellt und daß es deshalb daran ansetzt, die in ihr schlummernden Kräfte zu wecken.

Alle Maßnahmen der Regierung haben den Zweck, die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes nach Kräften zu beheben und zu lindern. Deshalb muß alles vermieden werden, was die Stabilität der Währung irgendwie beeinträchtigen könnte.

Die Lebenshaltung und die Konsumkraft der Bevölkerung ist infolge der Deflation tief gesunken. Diese Entwicklung läßt sich wirksam nur bekämpfen durch eine grundlegende Besserung der Lage des Arbeitsmarktes.

Die Verordnung gewährt deshalb der Wirtschaft nur dort Erleichterungen, wo eine unmittelbare Belebung der Produktion und damit des Arbeitsmarktes mit Sicherheit zu erwarten ist.

Hieraus erwächst der Privatwirtschaft die Verpflichtung, alles zu tun, um zunächst den Produktionsapparat für die zu erwartenden Aufgaben instand zu setzen. Sie muß sich dieser Verpflichtung bewußt sein und danach handeln.

Bei der jetzigen Wirtschaftslage gilt es, den nach Erreichung des Tiefstandes der Krise zu erwartenden natürlichen Aufschwung der Wirtschaft vorzubereiten.

Hierzu dient zunächst das umfassende Programm für die Vornahme öffentlicher Arbeiten, das mit der neuen Verordnung verbunden ist und einen Gesamtaufwand von nahezu 4 Milliarden Mark in den nächsten Monaten vorstelt. Diesem von den öffentlichen Aufträgen ausgehenden Antrieb der Volkswirtschaft wird nun auf breiter Grundlage ein für die Privatwirtschaft bestimmter Antrieb hinzugefügt.

zu der sich die Regierung trotz mancher Bedenken entschlossen hat, wird insbesondere den kleineren und mittleren Betrieben, die verhältnismäßig zahlreiche Arbeiter beschäftigen, zugute kommen. Sie bietet einen starken Anreiz auf erweiterte Einführung der Kurzarbeit. Sie wird weiter eine billigere Kostenberechnung ermöglichen, damit Preissteigerungen vorbeugen und die Verbreiterung des Absatzes fördern.

Die vorgezeichneten Steuererleichterungen, die sich nicht auf Einkommens- und Vermögenssteuern, sondern ausschließlich auf unmittelbar auf der Produktion ruhenden Steuern beziehen, sollen die Voraussetzungen dafür schaffen helfen, den Umfang der Produktion zu erhöhen und die Arbeitsgelegenheiten dadurch zu vermehren.

Die Befreiung der Beförderungsteuer für ein Jahr wird sich in voller Höhe in zukünftigen Aufträgen der Reichsbahn auswirken. Die Milderung der Umsatzsteuer wird nur gewährt, weil diese Steuer zur Erzeugung fördern. Die Umläge machen und dadurch die Erzeuge dazu dienen, die finanziellen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der seit Jahren stark vernachlässigten städtischen und ländlichen Gebäude zu schaffen. Die Rückvergütung auf Gewerbesteuer endlich bedeutet eine stark wirksame Entlastung der Produktion.

Von der Privatwirtschaft wird erwartet, daß sie durch Vergebung von Reparaturaufträgen, Durchführung privater und öffentlicher Arbeiten und sonstige zuzählige Produktion die Arbeitsmöglichkeiten bald und erheblich steigert. Dazu bedarf sie in den meisten Fällen neuer zuzähliger Kredite.

Die Unterlage hierfür bieten die Steuerguldscheine. Diese werden deshalb zum Lombard bei der Reichsbank zugelassen. Sie werden darüber hinaus aber auch als Unterlage für zufälligen Diskontkredit bei den Banken und bei der Reichsbank dienen. Ferner werden sie an den Bötjen gehandelt werden.

Das Wirtschaftsprogramm kommt in erster Linie den mittleren und kleineren Betrieben zugute, weil sie am frühesten und stärksten an der Belebung der Wirtschaft beteiligt sein werden.

Der Hilfe für den gewerblichen Mittelstand dienen auch die Bestimmungen der Verordnung, nach denen erhebliche Beträge für langfristige Kredite an mittlere und kleinere Betriebe sowie für gewerbliche Kreditgenossenschaften und Konsumgenossenschaften, die das Depositengeschäft betreiben, zur Verfügung gestellt werden.

Für die Landwirtschaft wird die Hofverordnung in doppelter Hinsicht erleichternd wirken. Der unmittelbaren Entlastung dient die Ausgabe von Steuerquittungen in Höhe von 40 v. H. des Steuerbetrages bei der Grundsteuer und die Aufhebung der Umsatzsteuer für pasteurisierte Milch. Darüber hinaus hat die Reichsregierung grundsätzlich die Anwendung von Kontingenten zur Entlastung des deutschen Marktes vom übermäßiger landwirtschaftlicher Einfuhr beabsichtigt.

Ferner wird auf eine
fühlbare Ermäßigung der Zinslaffen

auch für den Realkredit. Diese Maßnahmen müssen schnell in Gang kommen, da gegenwärtig 60 Prozent des Kleinbesitzes 70 Prozent des Mittelbesitzes und 80 Prozent des Großbesitzes ihre Zinsen nicht mehr aus dem Betriebsreinertrag zahlen können, sie vielmehr aus der Substanz leisten.

Die in der Verordnung zusammengefaßten Maßnahmen stellen den Anfang einer umfassenden, auf Verminderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Wirtschaftspolitik dar. Sie werden in gerechter und insbesondere die sozialen Gesichtspunkte sorgfältig berücksichtigender Weise durchgeführt werden. Sie bedürften deshalb zahlreicher Durchführungsbestimmungen, bei deren Beratung den beteiligten Kreisen, namentlich Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben werden wird.

Die amtliche Mitteilung behandelt dann eingehend die einzelnen Abschnitte der Notverordnung. Ueber

wird ausgeführt, der Nothwendigkeit einer Entlastung der Produktion habe die Unmöglichkeit einer sofortigen Steuerentsetzung gegenübergestanden und die Wirkungslosigkeit einer Versprechung von Steuerentsetzungen für die Zukunft. Der Ausgleich sei dann durch das System der Steuererscheine

„Solche Steuergutscheine“, so heißt es dann weiter, „erhält jeder, der in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 1. Oktober 1933 gewisse Steuern zahlt. Sie können in den Jahren 1934 bis 1939 in einem noch näher zu erläuternden Umfang für Reichsteuern in Zahlung gegeben werden.“

Gleichzeitig bieten sie aber mit sofortiger Wirkung — und darin liegt das Entscheidende — geeignete Kreditunterlagen für neue Geschäfte. Als Maßstäbe für die Umschuldung von Steuergutscheinen sind besonders produktionshemmende Belastungen gewählt worden, die Umsatzsteuer und die Realsteuern (Grundsteuer und Gewerbesteuer).

Steuergutscheine sollen in Höhe von 40 Prozent in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fällig geworden und entrichteter Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer gegeben werden.

Wer also in der fraglichen Zeit 1000 Mark Umsatzsteuer, 200 Mark Grundsteuer und 400 Mark Gewerbesteuer zahlt, bekommt 640 Mark Steuergutscheine. Ist ein Steuerpflichtiger in dem Zeitpunkt, in dem der Anspruch auf Ausgabe eines Steuergutscheines entsteht, mit Steuern im Rückstand, so kann die Finanzkasse den auszugebenden Steuergutschein zurückbehalten und als Sicherheit im Sinne der Reichsabgabenordnung behandeln.

Den Gesamtbetrag der auszugebenden Steuergutscheine für Steuergutscheine kann man mit 1522 Mill. RM, also mit etwas über 1½ Milliarden RM annehmen, und zwar auf Grund folgender Berechnung: Umsatzsteuer: 600 Mill. RM, Gewerbesteuer: 240 Mill. RM, Grundsteuer: 512 Mill. RM, Reichsberufungssteuer: 170 Mill. RM.

Was das technische Verfahren anlangt, so werden die Steuergutscheine von der Finanzkasse des Finanzamtes, das für die Besteuerung des Steuerpflichtigen nach dem Umsatzsteuergesetz zuständig ist, oder, wenn er zwar keine Umsatzsteuer, aber Grundsteuer zu zahlen hat, von der Finanzkasse seines Wohnortes oder des Finanzamtes der Geschäftsleitung auf Antrag des Steuerpflichtigen ausgegeben.

Der Antrag muß bis zum 31. März 1934 gestellt sein. Soweit den Finanzämtern die Erhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer nicht obliegt — das ist z. B. in Preußen der Fall —, haben die für die Erhebung dieser Steuern zuständigen Kassen dem Finanzamt des Steuerpflichtigen am Ende eines jeden Kalendervierteljahres die Beträge anzuzeigen, für die Steuergutscheine ausgegeben werden können.

Die Voraussetzung für die Ausshändigung von Steuergutscheinen muß im allgemeinen sein, daß die fälligen Steuern fristgemäß richtig entrichtet werden.

Die Steuergutscheine, die auf die Grundsteuer ausgegeben werden, werden auch als Kreditunterlagen für den in vielen Fällen zu dringender erforderlicher Reparaturbedarf verwendet werden können. Gleichzeitig mit den für Hausreparaturen besonders geeigneten 50 Millionen Mark wird das auf diesem Gebiete einen starken Anreiz geben und insbesondere für die mittleren und kleinen Gewerbe (Handwerk) vermehrte Arbeitsmöglichkeit verschaffen.

Die Ausgestaltung der Steuergutscheine

Die Steuergutscheine lauten auf den Inhaber. Sie werden in Beträgen von 50, 100, 200, 1000, 10 000 und 20 000 Mark ausgegeben. Solange ein Steuerpflichtiger an Steuergutscheinen für seine verschiedenen Steuerschulden noch nicht 5 Mark zu bekommen hat, werden die entsprechenden Scheine von 10 Mark und 20 Mark erst nach Ablauf des in Betracht kommenden Jahres, also nach dem 30. September 1933, ausgegeben.

Die Steuergutscheine können von 1934 ab in Höhe von je einem Fünftel für alle Reichsteuern, d. h. also für Einkommen- und Vertriebssteuern, wie z. B. Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Wechselsteuer, sowie auch für die Zölle und für die Verbrauchssteuern, z. B. Tabaksteuer, Zuckersteuer, Salzsteuer, Biersteuer, Branntweinsteuer usw. in Zahlung gegeben werden. Ausgeschlossen ist nur die Einkommensteuer.

Aber auch ohne die Einkommensteuer bleibt noch ein ausreichendes Volumen für die Zahlung mit Steuergutscheinen übrig.

Selbst wenn man die Steuergutscheine für die Mehrbeschäftigung von Arbeitern in voller Höhe, nämlich 700 Millionen, hinzurechnet, so würden jährlich nur 450 bis 500 Millionen Steuergutscheine zu Zahlung von 6 bis 6½ Milliarden Mark Reichsteuern zur Verfügung stehen. Ein breiter Markt ist also gesichert.

Der Sprecher Markgraf

EIN FUNK- UND FILM-ROMAN VON WOLFGANG MARKEN.
URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(37. Fortsetzung.)

Es war ein heller Februartag mit viel Sonne. Sie schritten nebeneinander her. Hin und wieder betrachtete Bayka das Gesicht des Vaters. Seine Augen waren geschlossen, wie ein Träumender schritt er neben ihm. Plötzlich sagte Rainer leise: „Deht wird wieder Frühling! Sonne kommt und Blumen... und das ist schon so viel. Man muß oft beschreiben sein in diesem Leben.“

Bayka nickte ihm zu. Er verstand den resignierten, stillen Ton, der so oft seinem Vater, seinem Sprecher anhaftete. Professor Reinde nahm sie herzlich auf.

„Ich kann mir schon denken, Herr Markgraf, Sie bringen mir einen Schüler!“

„Ja, Herr Professor! Meinen Sohn vertraue ich Ihrer Künstlerkraft an. Bitten Sie ihn zum Können! Den guten Willen und das Zeug dafür hat er, das weiß ich!“

Reinde, ein alter Herr schon, aber mit sehr jungen Augen, sah Bayka prüfend an.

„Haben Sie schon Studien hinter sich, junger Freund?“

„Noch nicht sehr, Herr Professor! In Budapest war ich zwei Jahre am Konservatorium, ein halbes Jahr in Berlin... das ist alles?“

„Hm! Also spielen Sie einmal.“

Der Professor nahm eine tollebare Geige aus einem Etui und reichte sie Bayka. Der junge Künstler schlug eine Saite an. Dann begann er zu stimmen. Der Professor ließ ihn nicht aus den Augen.

„Was soll ich spielen, Herr Professor?“

„Ein Lied, ein ganz einfaches Lied! Die letzte Mose, wenn Sie es kennen!“

„Gewiß, Herr Professor!“

Bayka legte die Geige an und begann.

„Aufmerksam lauschten beide. Der Professor verzog keine Miene.“

Um den Steuergutscheinen von vornherein einen möglichst hohen Wert zu sichern, sollen sie mit einemagio versehen werden, das 4 Prozent jährlich beträgt.

Soweit die Steuergutscheine nicht als Kreditunterlagen verwertet werden, werden sie in den Jahren 1934 bis 1933 zur Steuerzahlung verwendet werden. Die Steuergutscheine werden an jeder Börse zum Börsenhandel zugelassen. Umschuldungsgeschäfte von Steuergutscheinen sollen börsenumschuldungsfrei sein. Auch Landesstempel und Gemeindestempel oder dergleichen dürfen nicht erhoben werden.

Ein Arbeitgeber, der in dem Wirtschaftsjahr vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 im Durchschnitt eines Kalendervierteljahres mehr Arbeitnehmer beschäftigt als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, erhält für jeden Arbeitnehmer, den er über die frühere Beschäftigung hinaus einstellt, ein Vierteljahr lang beschäftigt, die Entschädigung von 100 RM.

Die Entschädigung wird nicht in bar gezahlt, sie wird durch Ausstellung eines Steuergutscheines mit einem entsprechenden Betrage gewährt.

700 Millionen RM Beschäftigungsprämie

Das Reich will für die Gewährung von Beschäftigungsprämien 700 Millionen RM bereitstellen. Für den Arbeitgeber bildet die Prämie einen starken Anreiz zur Vermehrung seiner Beschäftigten und zur Steigerung der Produktion. Erhält er z. B. die Zahl der Beschäftigten um 25 v. H., so erhält er aus dem Steuergutschein 5 bis 6 v. H. der Lohnsumme als Zuschuß. Werden die Mittel für die Beschäftigungsprämien ganz ausgeschöpft, dann haben im Planjahr 1932/33 etwa 1½ Millionen Arbeiter und Angestellte durch vermehrte Arbeit Brot verdient.

Neben der großen Entlastung der Wirtschaft durch die Steuergutscheine sind noch zwei Einzelmaßnahmen zur Entlastung vorgesehen.

Herabsetzung der Steuererzeugungsulage und Umsatzsteuererleichterung für Milch.

Der Zuschlag für Steuererzeugungsulage betrug bisher 1½ Prozent halbmöndlich, also 36 Prozent auf das Jahr gerechnet.

Vom 16. September ab soll nunmehr der Verzugsschlag auf 1 Prozent halbmöndlich, also auf 24 Prozent pro Jahr herabgesetzt werden.

Um zusätzliche Arbeit zu schaffen, insbesondere, um den aufgetauerten Inlandsbedarf abzubauen, ermächtigt die Verordnung den Reichsminister der Finanzen, für

Inlandslebensarbeiten an Wohngebäuden,

für die Teilung von Wohnungen und für den Ausbau gewerblicher Räume zu Wohnungen Reichsbefristungen zu gewähren. Dafür werden im ganzen 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Die sozialpolitischen Maßnahmen

Ueber die sozialpolitischen Maßnahmen wird ausgeführt:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, auf bestimmten Gebieten das soziale Recht in seinen Formen und Grenzen so zu gestalten, wie das Gebot der Einfachheit und Sparsamkeit es erfordert. Das Mißtrauen, dem diese Ermächtigung von vornherein in der Öffentlichkeit begegnete, ist nicht gerechtfertigt.

Für die Richtung in der Sozialpolitik ist der Wille maßgebend, den der Herr Reichspräsident am 30. August in Neubred fundgegeben hat: „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.“

Die gesamte soziale Verwaltung soll einfach, billig und zugleich pflichtgemäß werden; sie soll mit einem geringen Verbrauch von Mitteln und Kräften verhältnismäßig große Leistungen vollbringen. So sagt die Reichsregierung Sinn und Zweck der Ermächtigung auf.

Von dieser Ermächtigung hat die Reichsregierung in einer Verordnung, die im Anhang an die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten veröffentlicht wird, für das Gebiet des Tarifvertrages voll Gebrauch gemacht, um Arbeitslose wieder in das Beschäftigungsverhältnis einzureihen und um eine, für einen Betrieb drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden.

Die Vollzugsverordnung ermächtigt den Arbeitgeber, wenn er die Zahl seiner Arbeitnehmer vermehrt, die Tariflöhne verhältnismäßig zu mindern; sie ermächtigt außerdem den Schlichter, für Betriebe, die besonders gefährdet sind, den Tariflohn innerhalb eines festgelegten Spielraumes zu ermäßigen. In keinem Fall soll die Lohnermäßigung über die Hälfte der Beralda für die dreizehnte Stunde

hinausgehen, so daß also der Arbeitnehmer von dem hohen Gehalt höchstens 12,5 v. H. einbüßen kann. Die Höchstgrenze wird aber erst bei einer Vermehrung der Beschäftigten um ein volles Viertel erreicht, und bleibt bei einer geringeren Vermehrung der Beschäftigten unwirksam.

Die Ermächtigung des Tariflohn

Die Verordnung gibt dem Arbeitgeber eine gewisse soziale Ermächtigung zur Ermäßigung der tariflichen Löhne, ohne daß hierzu eine Veränderung des Tariflohn erforderlich wäre.

Der Arbeitgeber, der von der Ermächtigung Gebrauch machen will, hat dies der Beschäftigtenkommission im Betriebe bekanntzugeben und darf dann weiteres von dem Beginn der nächsten Lohnzahlung für Angeestellte vom Beginn der nächsten Lohnzahlung an, die Lohn- oder Gehaltsermäßigung einleiten lassen. Selbstverständlich ist diese Ermächtigung einseitig. Fälle, in denen tariflich eine solche Ermäßigung der Arbeitsbeschäftigten stattfindet, oder aus betrieblichen oder Beschäftigten der Arbeit zwischen mehreren Betrieben handelt oder aus sonstigen Gründen der Verordnung nicht erreicht wird, hat der Arbeitgeber die Ermächtigung zu entziehen.

Die Verordnung findet auf Saisonbetriebe und auf die saisonmäßig bedingten Bestand hinaus keine Anwendung. Die tarifliche Ermächtigung ist nicht auf die Lohn- oder Gehaltsermäßigung beschränkt, sondern auf die Lohn- oder Gehaltsermäßigung beschränkt.

Für landwirtschaftliche Betriebe soll für den Monat des Vorjahres ausgegangen werden.

Der 2. Abschnitt der Vollzugsverordnung trägt Sorge um die Aufrechterhaltung besonders notwendiger Betriebe. Der Schlichter wird ermächtigt, in Fällen, in denen die Befriedigung der Wiedereinstellung eines Betriebes in die Beschäftigung der Tariflohn gefährdet ist, die Beschäftigten Tarilohe zuzulassen. Dabei ist aber nur an Umstände zu denken, die einem bestimmten einzelnen Betriebe eigenartig sind.

Ueber 20 v. H. der tariflichen Löhne darf die Lohnermäßigung in keinem Falle gehen.

Die Verordnung tritt am 15. September 1932 in Kraft. Das Lohnminderungsrecht, das auf die Ermächtigung der Beschäftigten beruht, fällt mit dem Schluß des Monats März 1933 weg. Der Reichsarbeitsminister kann die zur Durchführung erforderlichen Vorschriften erlassen und die Verordnung entsprechend dem in der Praxis etwa auftretenden Bedürfnis ergänzen. Die Verordnung findet auf neu gegründete oder wieder eröffnete Betriebe zunächst keine Anwendung. Der Reichsarbeitsminister kann aber bestimmen, ob und in wie neuen Vorschriften über die Vermehrung der Beschäftigten entsprechende Anwendung finden sollen.

Die ergänzenden Mitteilungen über die tarifliche und sozialpolitischen Maßnahmen belagen u. a. nach:

Die neue Verordnung ermächtigt die Länder, dem Beschäftigten in Zukunft 20 Prozent der Beschäftigten zuzuführen, weil der Kreis der in besonderer Notlage befindlichen Gemeinden wächst und ohne schwere Gefährdung der Gesamtinteressen hier eine besondere Hilfe dringender geboten ist.

Bürgersteuer bis Dezember verlängert

Die Bürgersteuer 1932 war an sich nur bis zum Ende dieses Jahres zu zahlen. Um die Gemeinden zur Erfüllung der sozialen Leistungen in den Stand zu setzen, werden die Gemeinden, die die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 erhoben haben, ermächtigt, die im letzten Viertel des Kalenderjahres 1932, d. h. vom Oktober bis Dezember, die Grundlage der bisherigen Vorschriften in Höhe der Hälfte des Steuerjahres weiter zu erheben, mit dem 1. Januar 1931 erhoben wurde.

Jedoch fällt für die restliche Zeit der Erhebung der Bürgersteuer der Zuschlag von 50 Prozent für die Steuern in Wegfall, und ferner werden die Steuerbeträge um 15 Prozent gekürzt.

Im übrigen ermächtigt die Verordnung die Reichsregierung noch, eine nicht überschreitbare Höchstgrenze für die Dienstbezüge eines Angestellten bei Unternehmen oder Körperschaften aufzustellen, die aus öffentlichen Mitteln städtischen, Bürgerlichen oder sonstigen finanziellen Beihilfen erhalten.

„Und jetzt vielleicht ein Thema von Mozart oder phantastieren Sie ein bißchen!“

Bayka gehorchte und spielte eine Stelle aus einem Mozartschen Violinconcert.

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

„Gut“, sagte Professor Reinde. „Sie sind nicht unbegabt. Ich will Sie in Schule nehmen.“

und zwingt uns dorthin, wohin wir sollen. Vielleicht ist uns das Ende einmal die Erklärung für alles!“

Der Sekretär sah ihn fragend und erriet zugleich ein „Darf ich Ihren Worten entnehmen, daß Sie jetzt wieder geneigt wären, eine Hauptrolle in einem Film von uns zu übernehmen?“

„Das kommt ganz darauf an, was es für eine Rolle ist, verehrter Herr, denn ich bin kein Schauspieler, ich kann nur eine Rolle leben.“

„Oh, Herr Markgraf, die Rolle erhalten Sie! Ich habe überglücklich, wenn Sie... ich bitte um Vergebung für meine Verwegenheit... wenn Sie einer Einladung nach dem Wdion zu Herrn Kammel Folge leisten würden.“

Rainer sah nach.

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

Der Sekretär, der ganz aufgeregt war, rief ein Taxi herbei, und gemeinsam fuhren sie nach dem Wdion.

Der Sekretär geleitete Rainer ins Konferenzzimmer, dann ließ er, um Herrn Kammel zu holen.

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

„Gut! Ich habe zwei Stunden Zeit. Man könnte sich einmal unterhalten.“

Aus der Heimat

Spangenberg, den 6. September 1932.

Geld, das Arbeit schaffen könnte

Von allen Seiten wird die Forderung nach energischer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhoben. Arbeitsbeschaffung ist die wichtigste und dringendste Aufgabe, für die wir alle Kräfte einzusetzen müssen. Die Aktion der Steueranrechnungsscheine ist eine der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit führen sollen. Auf die Verschwendung des Geldes wird verzichtet, die Geldmittel zu beschaffen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendig sind, um die Bezahlung der Wirtschaft zu ermöglichen.

Zu gleicher Zeit aber liegen gewaltige Summen Geld da, die, wenn sie in der Wirtschaft tätig wären, mehr als eine Million Arbeitslosen wieder Arbeit geben könnten. Diese Summen sind die Summe der Gelder, die in der Wirtschaft zurückgehalten oder gebankrott geworden sind. Über eine Milliarde RM. zu schätzen. Dieses Geld ist verteilt in Kassen, Trüben und an anderen mehr oder weniger unfruchtbaren Orten. Man sollte nicht glauben, daß die Wirtschaft in solchen Verhältnissen auf sich selbst und gut überleben könnte. Statt es bei den beruflichen Sparmaßnahmen zu bleiben, hätten manche Leute das Geld zurück, nicht bei sich behalten, sondern es in die Wirtschaft zurückgeführt.

Das Geld, das bei den Sparkassen eingezahlt ist, schafft Kredit in der Wirtschaft Arbeit und Erwerb. Je mehr Geld eingezahlt wird, desto mehr Darlehen können zur Bekämpfung wirtschaftlicher Aufgaben und Unternehmungen ausgeteilt werden. Und damit zur Arbeitsbeschaffung gegeben werden. Geld, das nur irgendwo in einem Winkel aufgehoben liegt, ist für die Wirtschaft tot, es fehlt bei der Arbeitsbeschaffung. Das Geld, das in den Händen der Wirtschaft liegt, ist im Augenblick nicht zu gebrauchen, zu Hause behalten, statt es bewährten Kreditinstituten anzuvertrauen.

Auflösung der Amtsgerichte. Die Auflösung der Amtsgerichte wird nunmehr durchgeführt. Auch das Amtsgericht Spangenberg wird dadurch berührt, aber nur in einer Hinsicht erweitert um die Gemeinden Borsdorf, Gehau, Gersdorf, Mädelborsdorf und Schmerrn. Aus Anlaß der Vergrößerung ist Justizoberleutnant Siegel in Wiesbaden zum 1. Oktober an das hiesige Amtsgericht versetzt.

Wetterlage. Die eingetretene Besserung des Wetters ist nur vorübergehend. Für später ist bei langwieriger Erwärmung mit zunehmender Bewölkung und Ausbreiten von Niederschlägen zu rechnen.

Unfälle. Ein Motorradunfall, der für den Fahrer noch einen glimpflichen Ausgang nahm, ereignete sich Sonntag nachmittag auf der Nürnberger Landstraße zwischen Wehlungen und Adelsbach. Ein Motorradfahrer aus Rattenbach geriet mit seiner schweren Opelmaschine in der ersten Kurve hinter der Eisenbahnbrücke zu weit nach rechts und raste gegen einen Pfeiler. Die Kraft des Anpralls war so heftig, daß der Stein aus dem Erdboden herausgerissen und einige Meter weitergeschleudert wurde. Der Fahrer selbst wurde im Bogen vom Motor geschleudert und landete glücklicherweise auf einer Wiese, wodurch der Sturz erheblich abgemildert wurde. Nur einige Hautabrisse taten ihm weh, ohne Verletzungen davon. Dagegen wurde die Maschine stark beschädigt.

Niederfahrungen. Ein Oberaufseher Einwohnervogt Wendel, der mit seinem Fahrrad die obere Bahnhofstraße herunter gefahren kam und die Leipziger Straße passieren wollte, wurde von einem Auto, das aus Richtung Rassel kam, erfasst und überfahren. Er war auf der Stelle tot. Herr Wendel hinterläßt eine fröhliche Frau und fünf Kinder.

Frankenberger. Gegen 5.30 Uhr passierte auf der Oberstraße an einer Kreuzung ein Autounfall. Ein Kaffeehausbesitzer führte einen älteren Herrn und ein Kind. Von dem Kaffeehaus kommend, gab der Fahrer des Autos Warnungsschlag, doch das Kind lief ihm direkt in den Wagen. Es wurde vom Auto am Kopf erfasst und zu Boden geschleudert, obwohl der Fahrer geistesgegenwärtig das Steuer herumgerissen hatte und auf den Bürgersteig gefahren war, wo ein älterer Herr angefahren und ebenfalls zu Boden geworfen wurde. Das Kind wurde schwer verletzt in ein Haus gebracht, wo der Arzt Gehirnerschütterung feststellte. Der Mann kam mit einigen Hautabrisse und dem Schrecken davon. Den Fahrer trifft keine Schuld.

Waldr. Das am Edersee schön gelegene, erst im Vorjahre in Betrieb genommene Restaurant und Café Waldrage ist bei der erfolglosen Zwangsversteigerung in den Besitz des Baumunternehmers Jägle in Corbach übergegangen, der diese Gaststätte weiter zu veräußern beabsichtigt.

Aus Stadt und Land

Am Rednerpult vom Herzogsplatz. Anlässlich der Jahreshauptversammlung des Vereins der Beamten der hiesigen Reichsbahn, die am 2. September im Saal des hiesigen Rathauses stattfand, wurde der hiesige Reichsbahnbeamte Paul Jille aus Dresden, der sich bei der Vorrede der Beamtenversammlung in Corbach über die Reichsbahn ausließ, von den hiesigen Reichsbahnbeamten mit einem sehr warmen Empfang empfangen. Die hiesigen Reichsbahnbeamten wurden in der Folgezeit durch die hiesigen Reichsbahnbeamten sehr wohlwollend behandelt.

Kraftwagen gegen Personenzug. Am Sonntagabend fuhr ein Kraftwagen der hiesigen Reichsbahn, der mit vier Personen besetzt war, mit dem Personenzug der hiesigen Reichsbahn zusammen. Der Kraftwagen wurde vollständig zerstört und die vier Personen wurden schwer verletzt. Es handelt sich um zwei junge Männer aus Halberstadt und zwei Mädchen aus Halberstadt. Die Verletzten wurden in das hiesige Krankenhaus gebracht. Die drei übrigen Schwerverletzten sind noch lebensgefährlich.

Kinderschläge in Nordhausen. Die Kinderschläge, die seit einiger Zeit in Nordhausen auftritt, hat jetzt ein Todesopfer gefordert. Ein 19jähriger Belding ist nach

seiner Einlieferung ins Krankenhaus der Kränktheit erlegen.

Wurfvergiftungen in Braunschweig. Zwei Tote. Unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankten hier der Reichsbahnbeamte Will Alers und seine sämtliche Familienangehörigen. Sie wurden ins Krankenhaus eingeliefert; Alers und sein 13jähriger Sohn erlagen kurz darauf der Vergiftung. Eine Familienangehörige liegt noch schwer darnieder, während die übrigen Erkrankten einen leichteren Verlauf nehmen. Es besteht der Verdacht, daß Wurfvergiftung vorliegt.

Sprengstoffexplosion am Lagerfeuer. Eine Gruppe Pfadfinder lagerte am Sonntag im Kellertorwald bei Frankfurt a. M. Nachdem die jungen Leute ein Feuer angezündet hatten, warfen sie Sprengkugeln, die sie vorher in einer Schmelze gefunden hatten, in die Flamme. Dabei kam es zur Explosion. Der am Feuer stehende 17 Jahre alte Hans Stiffe aus Frankfurt a. M. wurde durch ein Sprengstück, das ihm in die Brust drang, getötet.

Schiffszusammenstoß im Kaiser-Wilhelm-Kanal. In der Nacht zum Sonntag stießen im Kaiser-Wilhelm-Kanal der norwegische Dampfer „Jelb“ und der deutsche Dampfer „Duersee“ zusammen. Der Norweger wurde von dem Deutschen durchgeschossen, so daß sich der Raum sofort mit Wasser füllte. Das Schiff liegt mit dem Bug bis zur Keesel im Wasser, doch kann die Unfallstelle von anderen Schiffen passiert werden. Der Dampfer „Duersee“ erlitt Überwasserbeschaden am Bug und am Steern; er hat keine Reise fortgesetzt. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen. Der Unfall ereignete sich wahrscheinlich infolge Ruderkettenbruchs des Dampfers „Duersee“.

Von einem Casullo überfahren. In Ruffin ist ein 65 Jahre alter Generaldirektor Ingenieur Dr. Maier vor dem Bahnhof von einem Casullo überfahren worden. Er wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht, wo er kurze Zeit darauf verstarb.

Todesurteil am Wilden Kaiser. An der Nordflanke des Predigtstuhls im Wilden Kaiser haben sich zwei tödliche Abstürze ereignet. Bei den verunglückten Touristen handelt es sich um den 19 Jahre alten Badergastwirt Ludwig Gienhuber aus München und den 24jährigen Buchhändler Eberhard Wendt aus Lauban in Schlesien. Die Leichen wurden von einer Expedition der alpinen Rettungsschiffe Ruffin geborgen und zu Tal gebracht.

Sprengstoffexplosion am Lagerfeuer. Einem dänischen Zöllner ist es gelungen, den größten Fang in der Geschichte des dänischen Zöllnens zu machen, indem der Rutter der angeblich eismischen Frachtdampfer „Pollux“ mit einer Schmutzmittelladung von über 30 000 Litern im Werte von mindestens einer halben Million Kronen vor Røge aufbrach. Nach kurzem Kampf wurde die 14köpfige Mannschaft des Schmutzmittelschiffes überwältigt. Das Schiff wurde nach Kopenhagen gebracht, wo Untersuchungen darüber angestellt werden, woher der Spreit kommt und an wen er gerichtet war.

Sturmfluten in Südband. Infolge des außerordentlich heftigen Sturmes, der über Südband und den Kanal herrschte, wurde bei Binsdessa in Sußer der Uferdamm auf eine Länge von 25 Metern von den Fluten durchbrochen. Die hinter dem Damm liegenden Wochenendhäuser standen in wenigen Minuten bis zu einem Meter tief unter Wasser. Die völlig überraschten Bewohner wurden von einer Kanis ergriffen und fielen auf die Dächer. Da es wegen des hohen Wellenpanges unmöglich war, ihnen mit Booten zu Hilfe zu kommen, mußten sie bis zum Eintritt der Ebbe in dieser unangenehmen Lage verharren. Viele Wochenendhäuser wurden vollkommen zerstört, die Möbel weggeschwemmt.

Neuer Schnellkeitsrekord im Flugzeug. In Cleveland im Staate Ohio hat der amerikanische Flieger James G. Doolittle, der erst vor kurzem einen Weltrekord erlangt, am Sonntagabend einen neuen Schnellkeitsrekord für Landflugzeuge mit 497,2 Stundenkilometer aufgestellt.

Reichstag erst nächste Woche

Fortsetzung der Verhandlungen zwischen NSDAP. und Zentrum.

— Berlin, 6. September.

Auch zu Beginn der neuen Woche ist die parlamentarische Lage noch völlig ungelöst. Reichspräsident Göring ist wieder in Berlin eingetroffen, hat aber einen Termin für die bevorstehende Reichstagsagung bisher nicht festgelegt. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Präsident Göring eine Entscheidung über den Beginn der kommenden Reichstagsagung erst nach dem für Ende der Woche in Aussicht genommenen Empfang des Reichspräsidenten beim Reichspräsidenten von Hindenburg treffen wird. Dadurch gewinnt die Annahme an Wahrscheinlichkeit, daß der Reichstag in dieser Woche nicht mehr zusammentreten wird.

Die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum werden, nachdem der katholische Parteivorsitzende seinen Abschied gefunden hat, in diesen Tagen fortgesetzt werden.

Ueber den Zweck dieser Verhandlungen äußerte sich der braunschweigische

Staatsminister Klagges

In einer Rede vor Parteifreunden dahin, der Nationalsozialismus sei mit dem Zentrum Koalitionsverhandlungen eingegangen, nicht etwa weil die Ansichten des Zentrums sich mit denen des Nationalsozialismus deckten, sondern nur deshalb, weil eine Koalition mit dem Zentrum die Möglichkeit biete, eine von einer Mehrheit getragene Regierung zu bilden, die selbstverständlich nur in nationalsozialistischem Sinne regieren würde.

Steuerquittungen und Reichsbahn

Die Höhe der Bestellungen abhängig von der Unterbringung der Steueranrechnungsscheine.

— Berlin, 6. September.

Ende des Monats findet eine neue Tagung des Verwaltungsrates der Reichsbahn statt, in der u. a. auch die Steueranrechnungsscheine behandelt und dazu Stellung genommen werden dürfte, inwieweit diese Quittungen der Reichsbahn die Erteilung neuer Aufträge ermöglichen.

Bekanntlich wird die Reichsbahn für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 ihre Beförderungsteuer in voller Höhe in Form von Steueranrechnungsscheinen zurückvergütet erhalten. Da man die Höhe der Beförderungsteuer auf etwa 190 Millionen RM je Jahr schätzt, wird also die Reichsbahn in dieser Höhe aus Steueranrechnungsscheinen erhalten, und zwar, da die Beförderungsteuer monatlich abgeführt wird, monatlich etwa 15 Millionen.

Inwieweit die Reichsbahn diese zusätzlichen Mittel zu Aufträgen verwenden kann, wird davon abhängen, inwieweit sie die Scheine flüssig machen kann. Evtl. man optimistisch einen Ausfluß von 90 v. H. jugründe und eine Kombination zu 75 v. H. des Kurswertes, dann wird die Reichsbahn monatlich über etwa 100 Millionen neuer Mittel verfügen.

Bei Vornahme der Bestellungen auf Grund später eingehender Steueranrechnungsscheine werde die Reichsbahn aus allgemeinen Liquiditätsrücklagen vorläufig vorgehen. Sie hat zwar einerseits durch die Reichsbahnanleihe ihre Liquidität bessern können, dem steht aber gegenüber ein Ausfluß auf Grund der zu Beginn des Jahres vorgenommenen Gütertariffentlastungen, der auf mindestens 300 Millionen geschätzt wird, weil eine entsprechende Belegung des Güterverkehrs nicht eingetreten ist.

Warmbold im Rundfunk

Der Reichswirtschaftsminister erwartet ein Abflauen der Krise.

— Berlin, 6. September.

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold sprach im Rundfunk über die neue Wirtschaftsordnung der Reichsregierung. Der Minister erklärte, die Reichsregierung sehe es als ihre wichtigste und vorrangigste Aufgabe an, den Lebensweg der deutschen Wirtschaft abzuklären, das Erwerbsleben wieder zu beleben, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern und damit die Lebenshaltung der breiten Schichten zu verbessern.

Der Minister wies auf zahlreiche Anzeichen hin, die es wahrscheinlich erscheinen ließen, daß wir uns allmählich dem Ende der Krise zu nähern beginnen. In einem solchen Zeitpunkt könne man daher erwarten, daß die geplanten Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und Verminderung der Arbeitslosen Erfolg haben würden.

Es werde dafür gesorgt werden, daß die Verordnung in gerechter und die sozialen Gesichtspunkte sorgfältig berücksichtigender Weise durchgeführt werde. Dabei werde die Wirtschaft in keiner Weise neu belastet werden. Es sei im Gegenteil zu hoffen, ihr insbesondere durch eine Diskontierung eine weitere Entlastung bringen zu können.

Am unmittelbaren Anlaß an die Darlegungen des Reichswirtschaftsministers nahm Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krozig das Wort zu einer Rede, in der er die finanzpolitischen Maßnahmen der Verordnung, insbesondere die Bestimmungen über die Steuergutscheine erläuterte.

Kritik des Reichslandbundes

— Berlin, 6. September.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung findet in einer Entschließung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes scharfe Kritik, weil das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung die eigentlichen Ursachen des Verfalls der deutschen Wirtschaft unbeachtet lasse. Für den Reichslandbund sei die Wiederherstellung der Landwirtschaft Angelpunkt jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms. Dagegen sei eine planmäßige Verlagerung des Schwerpunktes des deutschen industriellen Lebens aus dem Innenmarkt und kritisiert die Reichsregierung, weil sie die Einfuhrkontingente zum Schutze der Landwirtschaft nicht genügend anwende. Der Reichsregierung wird zudem der Vorwurf gemacht, sie habe weder die generelle Entlastung von der Zinslast her, noch die Verlängerung und Erweiterung des Vollstreckungsschlusses in Angriff genommen.

Der Stahlhelmführer bei Papen

— Berlin, 6. September.

Der Reichszentraler empfing in Anwesenheit des Reichswehrministers die Bundesführer und andere Mitglieder des Stahlhelms. Die vom Saargebiet zum 13. Reichsfrontsoldatentag nach Berlin entsandten Mitglieder des Stahlhelms wurden in der Reichszentrale dem Reichszentraler vorgestellt.

Kirche und Rentnernet

Ein Schreiben an den Reichszentraler.

— Berlin, 6. September.

Der Präsident des Deutschen evangelischen Kirchenausschusses D. Dr. Kasper geht in einem Schreiben an den Reichszentraler auf die durch die jüngsten Kürzungen der Unterstützungssätze verursachte Not der Rentnerempfänger ein und richtet an den Reichszentraler die dringende Bitte, dem Ruf zur Hilfe für den bitteren Ruf getroffenen Volkstreuere tunclicht bald Folge zu geben.

In seiner Antwort sichert der Reichszentraler zu, die Reichsregierung werde, sobald sich die Wirtschaftslage bessere, prüfen, welche Härten der Vorkerordnungen gemildert werden können.

Inzwischen werde versucht werden, den Aufbau und die Verwaltung der Sozialversicherung zu vereinfachen und zu verbilligen, um von den so beschränkten Mitteln möglichst viel für die Rentner frei zu machen.



Der Höhepunkt des Deutschen Katholikentages, der jetzt in Essen zu Ende gegangen ist, war der große Festgottesdienst. U. a. den Papstlichen Nuntius Cesar Orsenigo auf seinem Thronsaal während der Veranstaltung.

Vereinfachung der Verwaltung

Inkraftsetzung der preussischen Verordnung über Verwaltungsvereinfachung zum 1. April 1933.

Amlich wird mitgeteilt: „In der Sitzung des preussischen Staatsministeriums ist eine Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung beschlossen worden, die von grundlegender Bedeutung für die Organisation der preussischen Staatsverwaltung ist und auch eine Anzahl von Reformen für die Gemeindeverwaltung enthält.“

Wie bekannt, haben die seit Jahrzehnten immer auf neue gemachten Versuche, die als reformbedürftig anerkannte Verwaltung den gegenwärtigen Erfordernissen anzupassen, zu keinem Erfolge geführt.

Die letzte Verordnung zieht einen Schlussstrich unter diese Versuche. Nachdem die kürzlich erlassene Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen im ganzen preussischen Staat den Unterbau in der Kreisinstanz gleichmäßig gestaltet hat, wird nunmehr die Verwaltung sowohl in der Mittel- wie in der Kreisinstanz neu organisiert.

Die Reform stellt sich vier Hauptziele: Neuordnung des Verhältnisses zwischen Ober- und Regierungspräsident; Eingliederung der Sonderverwaltungen in die allgemeine Landesverwaltung; Neuorganisation der Kreisinstanz; starke Dezentralisierung der Verwaltung nach unten.

Oberpräsident und Regierungspräsident

Weiter heißt es in der amtlichen Mitteilung: Entscheidend für das Verhältnis zwischen Oberpräsident und Regierungspräsident sei die Rückficht auf die zukünftige Reichsreform. Wenn der preussische Oberpräsident zugleich der Kommissar der Reichsregierung werde, müsse er die erforderliche Autorität in allen Verwaltungsangelegenheiten der Provinz besitzen und von unnötiger Detailarbeit befreit sein. Der Schwerpunkt der laufenden Verwaltung liege beim Regierungspräsidenten, der nahezu sämtliche Zweige der allgemeinen Landesverwaltung verleihe.

Die Sonderverwaltungen würden völlig in die allgemeine Landesverwaltung eingegliedert.

Die Angelegenheiten des höheren Schulwesens würden dem Oberpräsidenten zugewiesen unter Aufhebung der folgelegten Verfassung des früheren Provinzialschulkollegiums. Die Landeskulturverwaltung werde in die Instanz des Regierungspräsidenten eingegliedert. Die Kulturrämter blieben bestehen, die Landeskulturämter würden aufgelöst. Die Kreisbehörden blieben in ihrer bisherigen Selbständigkeit grundsätzlich erhalten.

Die Befugnisse des Landrats

Der Landrat solle aber die Möglichkeit erhalten, den technischen Kreisbehörden gegenüber die Notwendigkeiten der allgemeinen Verwaltung zu vertreten.

Zu diesem Zweck werden die Kreisbehörden verpflichtet, bestimmte Berichte und Verfügungen durch die Hand des Landrats zu leiten, und der Landrat wird außerdem ermächtigt, bei Gefahr im Verzuge einstweilige Anordnungen zu treffen, wenn sich die Entscheidung des Regierungspräsidenten nicht mehr einholen lässt.

Der notwendigen Dezentralisierung sei in allen Instanzen Rechnung getragen. Der Landrat solle in Zukunft neben der kommunalaufsicht über die Landgemeinden auch diejenige über die Städte bis 10 000 Einwohner übernehmen, und auch die Schulaufsicht in den sogenannten äußeren Angelegenheiten der Volksschulträger führen.

Der Dezentralisierung in Verwaltungssachen entspreche die Erweiterung der Zuständigkeit des Kreisaußschusses als Beschlussbehörde und Verwaltungsgericht an Stelle des Bezirksauschusses. Eine Vereinheitlichung aller Rechtsmittelfristen solle größere Klarheit im Verwaltungsrecht schaffen. In der Verordnung wird schließlich die Umstellung ehrenamtlicher Bürgermeister in kleinen

Städten, Erleichterung der kommunalrechtlichen Verwaltung der Leiter in der Provinz und Westfalen durch städtische Bürgermeister in Personalunion und umgekehrt vorgehen. Neu und einheitlich geregelt wird auch das Recht der Zwangsvollstreckung gegen Gemeinden und Gemeindeverbände.

Insbesondere soll das gleichmäßiger Befriedigung aller Gläubiger ein besonders Verteilungsverfahren eingelegt werden können.

Die Beschlüsse des preussischen Staatsministeriums stützen sich auf die sogenannte Dietschauer Verordnung der Reichspräsidenten, die den Länderregierungen Vollmacht für die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung erteilt. Der Termin der Inkraftsetzung der Verordnung wurde auf den 1. April 1933 festgelegt. Einige Teile der Verordnung, so die Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung der Gemeinden, werden dagegen schon am 1. Oktober 1932 Rechtskraft erlangt.

Die Ausgabe der Steuergutscheine

Amlich wird mitgeteilt.

Die Steueranrechnungsgutscheine sind keine Kreditverschreibungen des Reiches, sondern Gutscheine, die bei späteren Steuerzahlungen zur Anrechnung gebracht werden. Die Reichsregierung bedarf daher zu ihrer Ausgabe keiner Kredittermächtigung. Sie hätte übrigens z. B. auf Grund des sogenannten Schuldentilgungsgesetzes vom 12. Mai 1932 genügend Kredittermächtigungen zur Verfügung, um auch Schuldverschreibungen auszugeben.

Da es sich um keine Kreditbeschaffung handelt, kommt auch eine Zurverfügungstellung von Einlösungsmitteln, die späterhin in den Etat eingestellt werden müssten, nicht in Betracht. Schon aus diesem Grunde sind die in der Presse gegossenen Schlussfolgerungen nicht zutreffend.

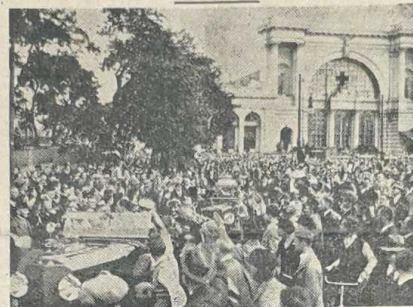
Im Wege der Notverordnung, die Gesetzeskraft hat, können Steuerentlagen auch für die Zukunft vorgenommen werden, ohne daß dadurch die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags berührt werden.

Neuwahlen in Danzig

— Danzig, 6. September.

Der nationalsozialistische Gauleiter Forster in Danzig hat bei einer SA-Rundgebung, an der auch Röhms und Prinz August Wilhelm teilnahmen, bekanntgegeben, daß die Nationalsozialisten die Auflösung des Danziger Volksstaates beantragen werden; eine Unterstützung der jetzigen Regierungskoalition komme nicht mehr in Frage, man verlange Neuwahlen.

Die Mehrheit für den nationalsozialistischen Auflösungsantrag im Danziger Parlament ist gegeben.



Rückkehr von der Olympiade.

Die Berliner Ruderer werden bei ihrer Rückkehr von Los Angeles von den Berlinern stürmisch begrüßt.

Feuergescheh mit Einbrechern

Ein Beamter und ein kommunistischer Einbrecher erschossen.

Bei dem Beamten der Schließanlage in Merktinsdorf hatten in den letzten Nächten Einbrüche stattgefunden, bei denen Schloßfabrik, Tabakwaren und auch Geld verschwinden. Zur Sicherung legte die Polizeikommission zwei Beamte nachts dorthin. In der Nacht zum Sonntag wurden wiederum ein Mann und verschwiegen einbrachen leuchtete mit der Taschenlampe, worauf die Beamten erschossen wurden.

Im selben Augenblick gab der Einbrecher einen Schuß ab und tötete einen der Beamten, den Polizeikommissionar meister Baat. Der andere Beamte erwiderte das Feuer und erschoss den Einbrecher. Es handelt sich um einen Kommunisten Schmidts aus Merktinsdorf.

In der Notwehr erschossen

— In der Danziger Ortschaft Schöna war der 40-jährige Arbeiter Gustav Kolchinski mit seinem 16-jährigen

Namens in die Wohnung der geschiedenen Frau des Kolchinski eingedrungen und hatte sie und ihren Vater, den Hauptwachmeister Wolff vom Landjägeramt Wernitz, wurde hinzugerufen und entfernte die beiden Kolchinski von der Wohnung. Draußen wurde Wolff von dem beiden Kolchinski mit einem Revolver erschossen. Der Kolchinski wurde durch einen Schuß in den Rücken tödlich verletzt. Der Kolchinski wurde durch einen Schuß in den Rücken tödlich verletzt. Der Kolchinski wurde durch einen Schuß in den Rücken tödlich verletzt.

Klosterbrand im Rheingau

Die Hildegardis-Kirche in Eibingen ausgebrannt.

— Rüdesheim, 6. September.

Im benachbarten Eibingen brach in der Nacht zum Sonntag in dem ehemaligen Kloster der heiligen Hildegard ein Großfeuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Zunächst wurde das Dach des etwa 50 Meter langen Klostersgebäudes, in dem sich das Pfarrhaus, das Rathaus und die Schule befinden, vollkommen zerstört. Dann wurde das Kirchenhaus zerstört. Innerhalb ganz kurzer Zeit brannte die Kirche völlig aus. Dagegen konnte der südliche Teil des Klosters, der Reliquien der heiligen Hildegard enthielt, durch das Hinaustragen des Schreins in einem Umkleekabinett vor dem Feuer geschützt werden. Die Reliquien der heiligen Hildegard wurden in einem Umkleekabinett vor dem Feuer geschützt.

Das Kloster Eibingen bestand seit 1148. Die berühmte Heiligtum war die heilige Hildegard von Bingen, deren Todestag 1929 am Mittelrhein feierlich begangen wurde. Die Kirche des Klosters war ein neuer Hildegard-Kloster erbaut worden, dessen Bild aus 15 000 Mosaiksteinen zusammengesetzt war. Durch die Brandkatastrophe ist der Kloster vollkommen zerstört worden, ebenso wurde die neue Orgel, die erst vor einer Woche aufgestellt worden ist, und der einen Anschlagenswert von 36 000 RM hatte, vernichtet. In der ungetroffenen Höhe sind auch die vier Glocken und die Kirchenglocke, darunter der Substanzmisch aus dem Jahre 1920, geschmolzen. Erst in der Morgenstunde gelang es den zahlreichen Wehren, das Feuer Herr zu werden. Es liegt der Verdacht nahe, daß es sich um Brandstiftung handelt. Die Staatsanwaltschaft weist bereits an der Brandstätte.

Großfeuer in Dels.

In dem schiefen Ort Dels wurden vier Häuser von einem Großfeuer heimgesucht. Das Feuer brach im Dachstuhl eines Wohnhauses aus und breitete sich durch den starken Wind auch auf zwei Nachbargebäude und ein gegenüberliegendes Haus aus. Die Dachstuhl- und die oberen Etagen der vier Grundstücke wurden völlig zerstört. Mehrere Familien sind obdachlos. Bei den Löscharbeiten trugen mehrere Feuerwehrleute Brandverletzungen davon.

Hitler-Abend

der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Ortsgruppe Spangenberg

Zu dem am Donnerstag, den 8. Septemb. abends, 1/2 9 Uhr im

Saale der Gastwirtschaft zum „Grünen Baum“

stattfindenden Hitler-Abend — ausgeführt von der Hitler-Jugendstaffel „Die jungen Kämpfer“, Gau Hessen-Nassau-Nord laden wir alle Freunde und Gönner, besonders aber die Jugend Spangenburgs und Umgebend herzlich ein.

Programm-Auszug:

- Volkstümliche Darbietungen
- Flotte Märsche und Volkslieder
- Sprechstücke
- Gedichte
- Sportvorführungen
- Volkstänze
- Solobalieder
- Lebende Bilder

Deutsche Männer und Frauen, Deutsche Jugend! Kommt zu unserem Hitler-Abend. Überzeugt Euch davon, was deutsche Jugend unter der Führung Adolf Hitlers wieder lernen soll.

Unkostenbeitrag 40 Pfg. Kinder und Erwerbslose 20 Pfg.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Ortsgruppe Spangenberg

Morgen Abend 9 Uhr

Versammlung des Handwerkerbundes

im Ratskeller.

Zwecks Besprechung der Bund-Stagung in Wigenhausen

Ich empfehle mein reichhaltiges Lager

in feinen abgelagerten Zigarren.

„Nr. 1812 und Cuba Gold“

Karl Bender.

Anläßlich des einjährigen Bestehens der Segelfluggruppe Spangenberg veranstalten wir am nächsten Sonntag, den 11. ds. Mts. im Hotel Heinz ein

öffentliches Tanzvergnügen

von abends 8 Uhr ab und laden hierzu herzlichst ein. Der Vorstand.

Ia. fr. Fettbücklinge

empfiehlt

Karl Bender.

T. V. „FROHER MUT.“

SPANGENBERG

Mittwoch Abend

Turnstunde

aller aktiven- und Jugendummer.

Die Teilnahme wird allen zur Pflicht gemacht.

Der Oberturnwart.

Schnittfeste Tomaten, Weintrauben,

Gurken, Zwiebeln, Pfirsiche

zum Tagespreis

H. Mohr.

Pfirsiche.

Prima Früchte!

Beste Qualität zum Einmachen Pfd. 12 Pfg.

Tomaten, Ia. schnittfeste Ware, sehr geeignet zum Einmachen Pfd. 12 Pfg.

Hess.-Lebensmittelhaus

Spangenberg Markt

Mittwoch früh:

billige Schellfische, Filet, Bücklinge, Lachs, Bismarkherige, Tomatenheringe, H. Mohr.

Klipp's Kaffee

stets frisch

H. Mohr.

Die Stadtkasse ist am Mittwoch, den 7. ds. Mts. für den

Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Der Magistrat.